



Statt „Kabelminister“ Masterplan notwendig

Bodo Ramelow: Skandalös, sogar Behörden lassen sich von EEG-Umlage befreien

Als eine „umwelt- und energiepolitische Bankrotterklärung“ bezeichnete Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Aussagen des Thüringer Umweltministers Jürgen Reinholz, nach denen der Stromrassenausbau Vorrang gegenüber regenerativer Energieerzeugung habe.

„Beim Leitungsausbau wird die Natur über alle Maßen belastet. Statt mehr regenerative Energie in Thüringen und allen anderen Bundesländern zu produzieren, die auch lokal verbraucht wird, scheint Minister Reinholz nur noch als Kabelminister die Landschaft zerstören zu wollen“, sagte Bodo Ramelow.

Selbst die modernste und verlustfrei arbeitende Übertragungstechnik durch HGÜ-Leitungen (Hochspannungsgleichstrom-Übertragung) scheint dem Minister nicht einmal bekannt zu sein. Diese Übertragungstechnik könnte über bestehende Stromkorridore schnell und naturschonend umgesetzt werden, „aber das verschweigt der Landesumweltminister gleich ganz – ist hier ein neuer Lobbyist unterwegs?“, fragt sich der Fraktionsvorsitzende.

Es sei „frech, hilflos oder purer Populismus“, den Bürgerinnen und Bürgern einreden zu wollen, dass regenerative Energieproduktion der eigentliche Strompreistreiber sei, während der Staat schamlos nach Gutsherrenart verschiedene Steuern über die

Energiekosten mit abkassiert und damit Preistreiber sei. Der LINKE-Landespolitiker monierte die „ungerechte Klientelpolitik, bei der man zwar für bestimmte Stromabnehmer Ausnahmen und Rabatte einräumt, gleichzeitig den ‚normalen‘ Stromkunden dadurch immer höhere Energiepreise aufbürdet“. Sogar Thüringer Behörden lassen sich von den Umlagen zu Lasten der Bürger befreien. „Das ist einfach ein Skandal. Wasser predigen und Wein trinken – das scheint die Maxime der Thüringer Landesregierung zu sein“, so der Fraktionschef.

Thüringen hat keine abgestimmte Strategie für die Ausrichtung der Energiepolitik

In der zweiten November-Woche hatten sich in Erfurt die Umweltminister der Länder zu ihrer Herbsttagung getroffen, sich aber nicht auf konkrete Forderungen zur Energiewende einigen können. Thüringens Umweltminister Jürgen Reinholz hatte auf die Koalitionsverhandlungen in Berlin verwiesen. Rot-grün regierte Bundesländer zeigten sich enttäuscht.

Sie forderten, dass erneuerbare Energien weiterhin Vorrang bei der Strom-Einspeisung haben müssten und dass die umfangreichen Rabatte für Unternehmen bei der EEG-Umlage verringert werden.

„Offensichtlich ist die Thüringer Landesregierung auch nicht einmal gewillt, einen Masterplan für eine Energiewen-

de vorzulegen“, kritisierte Bodo Ramelow, der seit langem eine abgestimmte Strategie für die Ausrichtung der Energiepolitik einfordert.

„Im Bund droht die Renaissance der Kohlepolitik, im Land einigt man sich nicht einmal auf ein gemeinsames Konzept und Mindeststandards. Dazu kommen das Dämonisieren von Windkraftanlagen auf bewaldeten Höhenlagen, der klägliche Streit, welche Vorranggebiete denn nun ausgewiesen werden sollen, und viele andere haarsträubende Diskussionen.“

So produziere man einen Flickenteppich von Lösungsansätzen. Auch zwischen den einzelnen Landesministerien agiere man zueinander kontraproduktiv. „Daher sind die Äußerungen von Reinholz nur ein Offenbarungseid der verantwortlichen Landespolitik“, sagte Bodo Ramelow, der diesem Thema auch in seiner Rede als Fraktionsvorsitzender an den LINKEN Landestag in Suhl viel Platz eingeräumt hatte.

Dabei hatte er im Zusammenhang mit der Energiewende die regionalen Kreisläufe hervorgehoben, was bedeutete, auch die Energieproduktion in die eigene Hand zu nehmen. Die in Thüringen gelungene Rekommunalisierung der Stromnetze sei bundesweit Beispiel gebend und auch die LINKE habe daran eine zentrale Aktie. Ziel müsse es sein, 100 Prozent der Energie, die in Thüringen gebraucht wird, auch in Thüringen zu produzieren

KOMMENTIERT:

von Margit Jung

Seniorenmitwirkung

Während des Jahresseminars der Thüringer Landesseniorenvertretung gab es umfangreiche Kritik am Seniorenmitwirkungsgesetz, insbesondere an den Vorgaben zu Zusammensetzung und Zustandekommen der Seniorenbeiräte.

Damit werde die jahrzehntelange Arbeit zahlreicher Beiräte und Seniorenvertretungen konterkariert und Menschen, die zum Teil weit über 70 Jahre alt seien, werden in ihrem Ehrenamt behindert. Jetzt rächt sich, dass sämtliche Zuarbeiten im Anhörungsverfahren durch die Landesregierung ignoriert wurden. Es ist deutlich geworden, dass nur diejenigen Strukturen förderfähig sind, die exakt den engen Vorgaben des Gesetzes entsprechen.

Aktive Thüringer Seniorinnen und Senioren, die in einer Partei aktiv sind oder durch einen Gemeinderat berufen wurden, sind über die Missachtung ihrer Arbeit empört und fordern eine Novelle des Gesetzes. Dem kann ich mich nur anschließen. Wer ein Gesetz erlässt, das wenig nützt, sollte wenigstens dafür sorgen, dass es nicht schadet und nicht auch noch diejenigen vergault, die sich bislang mit großem Engagement in die ehrenamtliche Arbeit eingebracht haben.

Das passt übrigens zur Missachtung der Jungen Union gegenüber der älteren Generation, mit der sie Menschen gegeneinander ausspielt, wenn ich da an den Landesvorsitzenden der Jungen Union Thüringen, Stefan Gruhner, denke. Der hatte in einem Interview gefordert, die Generation, die bald in Rente gehe, dürfe die Jüngeren nicht noch stärker belasten.

Wenn wir denjenigen Respekt entgegenbringen wollen, die sich seit langem ehrenamtlich engagieren, brauchen wir ein anderes Gesetz, daher unterstütze ich ausdrücklich die Forderung, die aus den Reihen der Seniorenorganisationen kommt. Das Mindeste ist, den Vorschlag von Stephen Krumrey aufzugreifen, der als Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes bei der Versammlung anwesend war und sich für großzügige Übergangsregelungen ausgesprochen hatte.

Wenn es die Landesregierung nach anderthalb Jahren nicht geschafft hat, eine Richtlinie zu erlassen, und diese auch noch länger auf sich warten lassen wird, muss sie dafür sorgen, dass auch bestehende Strukturen Förderungen erhalten können.

AKTUELL

Fall Immelborn wird Thema im Landtag

Als „unwürdig“ bezeichnete die justizpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Berninger, das „Spiel zu Lasten zu schützender sensibler Personendaten im Fall Immelborn“, nachdem sich der Innenausschuss auf Antrag der Linksfraktion am 15. November mit dem Thema befasst hatte. Daher macht die LINKE den Aktenfund von Immelborn zum Thema ihrer Aktuellen Stunde in der jetzt anstehenden November-Landtagssitzung.

Es geht dabei darum, dass sich das Thüringer Innenministerium „mit Händen und Füßen“ weigert, auf dem Wege der Amtshilfe oder im Rahmen eigener Zuständigkeit zur Gefahrenabwehr durch die Bereitstellung von zehn Beamten der Thüringer Polizei für zehn Tage zum Sortieren der un-

gesicherten und unstrukturiert gelagerten Akten mit höchst sensiblen Patientendaten zu einem datenschutzgerechten Zustand beizutragen.

Sabine Berninger betonte: „Der Datenschutzbeauftragte mit seinen MitarbeiterInnen hat bereits Wesentliches zum Schutz personenbezogener Daten in Immelborn geleistet und sich seit dem Sommer um entsprechende Unterstützung gegenüber Polizei und Landtag bemüht, die ihm bis heute verweigert wird.“

Die von Innenminister und CDU vorgebrachten zum Teil hanebüchenen Argumente lassen nur einen Schluss zu: Die CDU und das Innenministerium wollen denjenigen in seiner Arbeit behindern und abstrafen, der sehr deutlich in den letzten Wochen auf Rechtsverstöße innerhalb des Thüringer In-

nenministeriums aufmerksam gemacht hat. Dass CDU und Innenministerium dafür die in ihren Rechten verletzten Patienten instrumentalisieren und sogar bereit sind, lieber 150.000 Euro aus dem Landeshaushalt, über die der Datenschutzbeauftragte auch gar nicht verfügt, für zu beauftragende private Unternehmen auszugeben, anstatt wenige Beamte für eine kurze Zeit zur Verfügung zu stellen, verdeutlicht das unwürdige Spiel.“

Der Thüringer Landesdatenschutzbeauftragten Lutz Hasse hatte angekündigt, den wissenschaftlichen Dienst des Landtages einschalten zu wollen. Dieser solle zweifelsfrei klären, wer rechtlich für die Sicherung der Akten zuständig sei, sagte er der Nachrichtenagentur dpa.